

10. Juli 2023

Im Namen der unterzeichnenden Organisationen

An:

Umweltminister aller EU-Mitgliedstaaten

Landwirtschaftsminister aller EU-Mitgliedstaaten

Finanzminister aller EU-Mitgliedstaaten

(Siehe Anhang A. für die vollständige Liste der Empfänger)

Aufruf an die EU-Mitgliedstaaten, dringend Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Umsetzung und Durchsetzung der EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) zu ergreifen

Sehr geehrte/r Minister/in,

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, beglückwünschen die EU und ihre Mitgliedsstaaten zur historischen Verabschiedung der EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR).¹ Wie Ihnen bekannt ist, verbietet die EUDR, dass bestimmte Produkte, die mit Entwaldung oder Waldschädigung weltweit in Verbindung stehen, auf den EU-Markt gebracht oder aus diesem exportiert werden, und verpflichtet Importeure und große Einzelhändler, Maßnahmen zu ergreifen, um das Risiko zu minimieren, dass ihre Produkte mit einer solchen Zerstörung in Verbindung stehen.

Als das Gesetz am 29. Juni 2023 in Kraft trat, unterzeichneten mehr als 150 Organisationen aus der Zivilgesellschaft eine [Erklärung](#), in der die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten in den ersten 18 Monaten des Gesetzes beschrieben wurden.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, weisen in diesem Schreiben erneut darauf hin, dass die ordnungsgemäße Umsetzung und Durchsetzung der EUDR in allen EU-Mitgliedstaaten eine wichtige Priorität darstellt. Ohne sie wird die EUDR scheitern.

Wir fordern Sie daher auf, eine kompetente und funktional unabhängige zuständige Behörde einzurichten, ausreichende Ressourcen bereitzustellen, strenge nationale Sanktionen zu erlassen, für eine konsequente Durchsetzung des Gesetzes zu sorgen, Trainings anzubieten und das Bewusstsein zu schärfen sowie die Zusammenarbeit mit Drittländern aufzunehmen.

In der Verordnung wird anerkannt, dass die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, insbesondere im Zusammenhang mit den in Anhang I aufgeführten Rohstoffen, in alarmierendem Tempo erfolgt und den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt verschärft. Die Erreichung des Ziels der Verordnung, die durch den Verbrauch und die Produktion in der EU verursachte Entwaldung und Waldschädigung einzudämmen, ist für die Umkehrung dieser Entwicklung absolut entscheidend.

Die EUDR ist weltweit das erste Gesetz seiner Art. Sie wird als wichtiger internationaler Maßstab für andere Großverbraucher von so genannten 'Wald-Risikorohstoffen' dienen.

¹ Offizielles Journal der Europäischen Union. „Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Bereitstellung bestimmter Waren und Produkte im Zusammenhang mit Entwaldung und Waldschädigung auf dem Unionsmarkt und die Ausfuhr aus der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010.“ EUR-Lex, 2023. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2023:150:TOC>.

Für Versuche und Fehler bleibt keine Zeit mehr. Das Klima und die Artenvielfalt der Welt stehen auf dem Spiel, und Wissenschaftler haben eine "letzte Warnung" vor der Klimakrise ausgesprochen.² Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat den Umgang mit dem Klimawandel als "die größte Verantwortung und Chance unserer Zeit" bezeichnet.³

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die Mitgliedstaaten vom ersten Tag an alles in ihrer Macht Stehende tun müssen, um die EUDR ordnungsgemäß umzusetzen und durchzusetzen. Die EU-Holzverordnung (EUTR), die die EUDR inspiriert hat und durch sie ersetzt werden soll, versuchte, die Einfuhr von illegal geschlagenem Holz nach Europa zu stoppen. Sie trat vor einem Jahrzehnt in Kraft, hatte aber laut einer eigenen EU-Studie aus dem Jahr 2021 "keine signifikante Auswirkung auf das Volumen der Holzimporte aus bekanntermaßen risikoreichen Quellen".⁴ Auch Nichtregierungsorganisationen und Journalisten haben seit dem Inkrafttreten der EUTR immer wieder Fälle von illegalem Holzimport aufgedeckt.⁵

Kurzum, die EUTR hat ihr Ziel verfehlt. Wir können es uns nicht leisten, dass die EUDR das gleiche Schicksal erleidet.

Eine der Hauptursachen für dieses in der EU-Studie 2021 festgestellte Versagen war die mangelnde Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten bei den Kontrollen der Einhaltung der Vorschriften und den bei Verstößen gegen die Vorschriften verhängten Sanktionen. Viele Mitarbeiter der zuständigen EUTR-Behörden geben ihr Bestes. Aber sie agieren in einem unmöglichen Umfeld. Sie erhalten unzureichende Ressourcen, werden davon abgehalten, die schwersten Strafen zu verhängen, werden von Staatsanwälten und Richtern gelähmt, die nicht ausreichend in der Materie geschult sind, und werden durch das Versäumnis anderer Teile der Regierung, Informationen auszutauschen, untergraben.

Wenn die EUDR tatsächlich etwas bewirken soll - was so dringend notwendig ist - sollte jeder Mitgliedstaat aus den Lehren der EUTR lernen.

Die Kommission, das Europäische Parlament und der Rat haben bereits den Grundstein dafür gelegt. Sie haben dafür gesorgt, dass die EUDR eine ganze Reihe von Maßnahmen enthält, die die Durchsetzung in den EU-Ländern verbessern sollen. Die Verordnung legt verbindliche Mindestzahlen für die Kontrollen der Einhaltung der Vorschriften fest, die die Behörden der Mitgliedstaaten

² The Guardian. "IPCC Climate Crisis Report Delivers Final Warning on 1.5°C." The Guardian, 20. März, 2023. <https://www.theguardian.com/environment/2023/mar/20/ipcc-climate-crisis-report-delivers-final-warning-on-15c>.

³ Europäische Kommission. „Eröffnungserklärung in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments von Ursula von der Leyen, Kandidatin für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission.“ Europäische Kommission – Presseecke, 16. Juli 2019. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_19_4230.

⁴ Europäische Kommission. „DER FITNESS-CHECK zur Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 zur Festlegung der Pflichten von Unternehmern, die Holz und Holzprodukte auf den Markt bringen (EU-Holzverordnung).“ EUR-Lex, 31. März 2021. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52021SC0329&qid=1649327454094>.

⁵ Siehe zum Beispiel: Earthsight. "Timber Linked to Wagner Group." <https://www.earthsight.org.uk/news/timber-linked-to-wagner-group>; Earthsight. "Complicit in Corruption: How Top Global Brands Import Violent Crime, Environmental Destruction and Corruption." <https://www.earthsight.org.uk/investigations/complicit-in-corruption>; Earthsight. "The Fixers: Exposing the Shadows of Global Deforestation." Earthsight, n.d. <https://www.earthsight.org.uk/news/thefixers>; Earthsight. "Rubber-stamping Repression: How EU governments and a global green label made European furniture buyers complicit in torture." <https://www.earthsight.org.uk/news/rubberstampingrepression>.

durchführen müssen, gibt konkrete Hinweise darauf, was eine ausreichend abschreckende Strafe ist, und formalisiert die Zusammenarbeit mit den Zollbehörden. Sie enthält auch detaillierte Forderungen, welche Informationen die nationalen zuständigen Behörden sammeln, der Kommission zur Verfügung stellen und veröffentlichen müssen. Zuwiderhandelnde werden nun in einer öffentlichen Liste der rechtskräftigen Urteile genannt. Darüber hinaus können Dritte die Leistung der nationalen zuständigen Behörden vor Gericht überprüfen lassen, wenn diese ihren Pflichten nicht nachkommen.

Diese Verbesserungen sind zwar zu begrüßen, reichen aber allein nicht aus, um ein anderes Ergebnis als das der EUTR zu erreichen. Was am meisten benötigt wird, ist der Wille jedes einzelnen Mitgliedstaates, das Gesetz ordnungsgemäß umzusetzen und strikt durchzusetzen. Es ist wichtig, dass dieses Engagement von Anfang an sichtbar ist und von den ranghöchsten Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten ausgeht.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Verordnung ist Artikel 30 über die Zusammenarbeit mit Drittländern. Es ist unerlässlich, dass diese Zusammenarbeit die Entwicklung und Umsetzung von öffentlichen Rückverfolgbarkeitssystemen für land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse in den Erzeugerländern sowie eine solide Forstverwaltung unterstützt. Andernfalls könnten Waren, die die Abholzung vorantreiben, einfach auf andere Märkte umgeleitet werden, wodurch die Wirksamkeit des Gesetzes untergraben würde.

Um die wirksame Durchsetzung der EU-Abholzungsverordnung zu gewährleisten, ergeht hiermit die dringende Aufforderung an Sie, die folgenden Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

- 1. Senden Sie eine klare Botschaft: Geben Sie den zuständigen Behörden eine klare, prioritäre Botschaft, dass ein entschlossenes und rigoroses Vorgehen erwartet und unterstützt wird. In der Botschaft sollte auch hervorgehoben werden, dass zu erwarten ist, dass es in einigen Fällen unmöglich sein wird, die Einhaltung der Vorschriften nachzuweisen, und dass in solchen Fällen solche Waren vom EU-Markt gesperrt werden müssen, bis weitere Schritte unternommen werden.**
- 2. Stellen Sie ausreichend Ressourcen zur Verfügung: Stellen Sie den zuständigen Behörden die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung, um strenge Kontrollen der Einhaltung der Vorschriften und Ermittlungen durchzuführen.**
- 3. Legen Sie strenge Sanktionen fest: Schaffen Sie strikte nationale Vorschriften, um wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen für Verstöße festzulegen. Strenge Strafen sollen Unternehmen davon abhalten, gegen die Verordnung zu verstoßen.**
- 4. Stellen Sie eine einheitliche Anwendung sicher: Sorgen Sie für eine kohärente Anwendung der Verordnung in jedem Mitgliedstaat und eine gute Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten.**
- 5. Bieten Sie Schulungen an und schärfen Sie das Bewusstsein: Stellen Sie sicher, dass die mit der Umsetzung und Durchsetzung der Verordnung beauftragten Mitarbeiter in den technischen und rechtlichen Aspekten des Gesetzes gut geschult sind. Dazu gehören die Mitarbeiter der zuständigen Behörden sowie die Richter und Staatsanwälte. Führen Sie Kampagnen durch, um das Bewusstsein zu schärfen und Druck bezüglich der Einhaltung der Vorschriften auszuüben.**
- 6. Kooperieren Sie mit Drittländern: Unterstützen Sie die Entwicklung und Umsetzung von öffentlichen Systemen zur Rückverfolgbarkeit von land- und forstwirtschaftlichen Gütern**

in den Erzeugerländern sowie eine solide Forstverwaltung, um sicherzustellen, dass das Gesetz sein Ziel erreicht und dazu beiträgt, die Abholzung, die Schädigung der Wälder und Menschenrechtsverletzungen in den genannten Lieferketten zu stoppen.

Eine detaillierte rechtliche Analyse der wichtigsten Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der EUDR steht zur Verfügung⁶ und würde die Behörden in ihren Bemühungen unterstützen, ihr Mandat zu erfüllen.

Wir fordern Sie dringend auf, entschlossen zu handeln. Die Folgen von Untätigkeit sind verheerend, nicht nur für die Wälder und die biologische Vielfalt, sondern auch für das Klima und das Wohlergehen der Gemeinschaften, die von diesen Ökosystemen abhängen.

Wir stehen bereit, mit Ihnen bei der Umsetzung und Durchsetzung der EU-Verordnung über entwaldungsfreie Produkte zusammenzuarbeiten, um ihr potentielles Potential auszuschöpfen.

Unterzeichnende Organisationen:



BirdLife Sweden, Schweden

Canopée, Frankreich

Comité Schone Lucht, Niederlande

Deutsche Umwelthilfe e.V., Deutschland

Earthsight, Vereinigtes Königreich

Ecologistas en Acción, Spanien

⁶ ClientEarth. "The New EU Deforestation-Free Products Regulation: Key Obligations for EU Member States." ClientEarth, n.d. <https://www.clientearth.org/latest/documents/the-new-eu-deforestation-free-products-regulation-key-obligations-for-eu-member-states/>.

Ecumenical academy (Ekumenická akademie), Tschechische Republik
Environmental Investigation Agency (EIA), Vereinigtes Königreich
Fern, Belgien
Focus Association for Sustainable Development, Slowenien
Forests of the World, Dänemark
Forum Ökologie & Papier, Deutschland
Green Transition Denmark, Dänemark
Harvest, Norwegen
Imaflora, Brasilien
Latvian Ornithological Society, Lettland
Leefmilieu, Niederlande
Mighty Earth, USA
NGO ForestCom, Ukraine
Nyt Europa, Dänemark
One tree one nose, Uganda
Palm oil watch, Tschechische Republik
Polski Klub Ekologiczny w Krakowie Koło Miejskie w Gliwicach, Polen
Protect the Forest, Schweden
Rainforest Foundation Norway, Norwegen
ROBIN WOOD e.V., Deutschland
Save Estonia's Forests, Estland
Save-Elephants, z.s., Tschechische Republik
Südwind, Österreich
ZERO - Associação Sistema Terrestre Sustentável, Portugal

Anhang A.

Vollständige Liste der Empfänger, an die das Schreiben im Laufe des Sommers verschickt wird:

Österreich: Frau Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimapolitik, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Herr Norbert Totschnig, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, und Herr Magnus Brunner, Bundesminister für Finanzen.

Belgien: Zakia Khattabi, Ministerin für Klima, Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Green Deal, David Clarinval, Minister für den Mittelstand, die KMU, die Selbstständigen, die Landwirtschaft, die soziale Integration und die Stadtpolitik, und Vincent Van Peteghem, Minister der Finanzen.

Bulgarien: Herr Julian Popov, Minister für Umwelt und Wasser, Herr Kiril Vatev, Minister für Landwirtschaft und Ernährung, und Herr Assen Vassilev, Minister für Finanzen.

Kroatien: Davor Filipović, Minister für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung, Marija Vučković, Ministerin für Landwirtschaft, und Marko Primorac, Minister für Finanzen.

Zypern: Herr Petros Xenophontos, Minister für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Umwelt, und Herr Makis Keravnos, Finanzminister.

Tschechische Republik: Petr Hladík, Minister für Umwelt, Marek Výborný, Minister für Landwirtschaft, und Zbyněk Stanjura, Minister für Finanzen.

Dänemark: Magnus Heunicke, Minister für Umwelt, Jacob Jensen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei, und Nicolai Wammen, Minister für Finanzen.

Estland: Kristen Michal, Ministerin für Klima, Madis Kallas, Minister für regionale Angelegenheiten, und Mart Vörklaev, Minister für Finanzen.

Finnland: Kai Mykkänen, Minister für Umwelt und Klimawandel, Sari Essayah, Ministerin für Land- und Forstwirtschaft, und Riikka Purra, Ministerin für Finanzen.

Frankreich: Christophe Béchu, Minister für den ökologischen Wandel und den territorialen Zusammenhalt, Marc Fesneau, Minister für Landwirtschaft und Ernährung, und Bruno Le Maire, Minister für Finanzen.

Deutschland: Frau Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Herr Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, und Herr Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen.

Griechenland: Thodoros Skylakakis, Minister für Umwelt und Energie, Eleftherios Avgenakis, Minister für ländliche Entwicklung und Ernährung, und Kostis Hatzidakis, Minister für Wirtschaft und Finanzen Griechenlands.

Ungarn: Anikó Raisz, Staatsministerin für Umweltfragen und Kreislaufwirtschaft im Ministerium für Technologie und Industrie, Dr. István Nagy, Landwirtschaftsminister, und Mihály Varga, Finanzminister.

Irland: Herr Eamon Ryan, Minister für Umwelt, Klima, Kommunikation und Verkehr, Herr Charlie McConalogue, Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Meeresangelegenheiten, und Herr Michael McGrath, Finanzminister.

Italien: Herr Gilberto Pichetto Fratin, Minister für Umwelt und Energiesicherheit, Herr Francesco Lollobrigida, Minister für Landwirtschaft, und Herr Giancarlo Giorgetti, Minister für Wirtschaft und Finanzen.

Lettland: Herr Māris Sprindžuks, Minister für Umweltschutz und regionale Entwicklung, Herr Didzis Šmits, Minister für Landwirtschaft, und Herr Arvils Ašeradens, Finanzminister.

Litauen: Herr Simonas Gentvilas, Minister für Umwelt, Herr Kęstutis Navickas, Minister für Landwirtschaft, und Frau Gintarė Skaistė, Ministerin für Finanzen.

Luxemburg: Frau Joëlle Welfring, Ministerin für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung, Herr Claude Haagen, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung, und Frau Yuriko Backes, Ministerin für Finanzen.

Malta: Frau Miriam Dalli, Ministerin für Umwelt, Energie und Unternehmen, Herr Sharlo Camilleri, Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Tierschutz, und Frau Clyde Caruana, Minister für Finanzen und Beschäftigung.

Niederlande: Frau Vivianne Heijnen, Staatssekretärin für Infrastruktur und Wasser, Herr Piet Adema, Minister für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität, und Frau Sigrid Kaag, Finanzministerin.

Polen: Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt, Robert Telus, Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, und Magdalena Rzeczkowska, Ministerin für Finanzen.

Portugal: Herr Duarte Cordeiro, Minister für Umwelt und Klimaschutz, Frau Maria do Céu, Antunes, Ministerin für Landwirtschaft und Ernährung, und Herr Fernando Medina, Minister für Finanzen.

Rumänien: Barna Tánczos, Minister für Umwelt, Wasser und Forstwirtschaft, Florin-Ionuț Barbu, Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, und Marcel Ioan Boloș, Minister für Finanzen.

Slowakei: Milan Chrenko, Minister für Umwelt, Klima und Energie, Prof. Jozef Bíreš, Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, und Michal Horváth, Minister für Finanzen.

Slowenien: Uroš Brežan, Minister für Naturressourcen und Raumplanung, Irena Šinko, Ministerin für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Ernährung, und Klemen Boštjančič, Minister der Finanzen.

Spanien: Frau Teresa Ribera Rodríguez, Ministerin für den ökologischen Wandel und die demografische Herausforderung; Herr Luis Planas, Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung; und Frau María Jesús Montero Cuadrado, Ministerin für Finanzen und öffentlichen Dienst.

Schweden: Frau Romina Pourmokhtari, Ministerin für Klima und Umwelt, Herr Peter Kullgren, Minister für ländliche Angelegenheiten, und Frau Elisabeth Svantesson, Finanzministerin.